

Antrag

der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Umweltministeriums

Zukunftsfähiges Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. inwieweit sie die in der im Oktober herausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ genannte Einschätzung teilt,
 - dass sich die Bilanz Deutschlands im globalen Umweltraum innerhalb der vergangenen zwölf Jahre nicht verbessert hat und die notwendige Kurswende zu mehr nachhaltigen Strukturen nicht absehbar ist;
 - dass ein umfassender Kurswechsel notwendig ist, um Deutschland zukunftsfähig zu machen und „business-as-usual“ keine Option darstellt;
 - dass die Politik hierbei eine entscheidende Rolle spielt und sie stärker als bisher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und am langfristigen Gemeinwohl orientierte Marktwirtschaft setzen muss;
 - dass der Abbau umweltschädlicher Subventionen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre;
2. ob davon auszugehen ist, dass die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren für Baden-Württemberg der in der Studie dargestellten bundesdeutschen Entwicklung vergleichbar ist;

3. wie sich die für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zur Verfügung stehenden Mittel in Baden-Württemberg in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Mittelansätze für die kommenden Jahre vorgesehen sind;
4. welche Schlussfolgerungen sie für ihr Handeln aus der genannten Studie zieht und welche Korrekturen sich daraus für die Nachhaltigkeitsstrategie ergeben.

19. 11. 2008

Dr. Splett, Lösch, Oelmayer,
Rastätter, Scerl GRÜNE

Begründung

BUND, Brot für die Welt und eed haben im Oktober 2008 die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ herausgegeben und wollen damit einen Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte geben.

Die Studie zeigt auf, dass innerhalb der letzten zwölf Jahre – seit der Veröffentlichung der Vorläuferstudie – die Wende zu einer Politik der Nachhaltigkeit noch nicht gelungen ist, weder national noch international. Deutlich werden die Größe der Herausforderung, vor der wir stehen und die Begrenztheit des Zeitfensters, das uns zur Verfügung steht.

Die Studie sollte sowohl dem Landtag als auch der Landesregierung Anlass zur Überprüfung des eigenen Handelns sein, denn auch in Baden-Württemberg reichen die vorhandenen Ansätze und Projekte (darunter auch die „Nachhaltigkeitsstrategie“) bei Weitem nicht aus, um den notwendigen Kurswechsel vorzunehmen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2008 Nr. 2–8809.01–06/1 nimmt das Umweltministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen*

zu berichten,

1. *inwieweit sie die in der im Oktober herausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ genannte Einschätzung teilt,*
 - dass sich die Bilanz Deutschlands im globalen Umweltraum innerhalb der vergangenen zwölf Jahre nicht verbessert hat und die notwendige Kurswende zu mehr nachhaltigen Strukturen nicht absehbar ist;*
 - dass ein umfassender Kurswechsel notwendig ist, um Deutschland zukunftsfähig zu machen und „business-as-usual“ keine Option darstellt;*
 - dass die Politik hierbei eine entscheidende Rolle spielt und sie stärker als bisher Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und am langfristigen Gemeinwohl orientierte Marktwirtschaft setzen muss;*
 - dass der Abbau umweltschädlicher Subventionen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre;*

Die Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland sind im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vom Oktober 2008 dokumentiert.

Darüber hinaus hat die Landesregierung in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren eigene Initiativen und Konzepte eingeleitet, die nachfolgend nur andeutungsweise aufgeführt sind: Mit dem im Jahr 2000 erstmals verabschiedeten und 2007 fortgeschriebenen Umweltplan wurden die Ergebnisse der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro auf die Ebene eines Bundeslandes transferiert und ein umfassender Orientierungsrahmen für die Umweltpolitik des Landes geschaffen. Mit dem im Entwurf vorliegenden Energiekonzept 2020 wird die Landesregierung einen Handlungsrahmen für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung setzen und damit einen Beitrag zu einer leistungsfähigen und innovationskräftigen Wirtschaftsstruktur und Sicherung der Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg schaffen. Eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung kann nur dann erreicht werden, wenn insoweit ausgewogene Lösungen gefunden werden. Im Rahmen der 2007 gestarteten Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg werden gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteuren die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt. Diese kann nur dann erreicht werden, wenn Politik, Wirtschaft und Sozialgesellschaft langfristig zukunftsfähig ausgerichtet werden.

Dass diese Konzepte greifen, zeigt sich beispielsweise darin, dass in Baden-Württemberg der in der Studie als zentral dargestellte Wechsel der Ressourcenbasis weit vorangeschritten ist. Nach dem ersten Ranking der Bundesländer zu erneuerbaren Energien vom November 2008 nimmt das Land hier einen Spitzenplatz ein. Baden-Württemberg besitzt überdies die größte Zahl EMAS-zertifizierter Unternehmen im Bundesvergleich und hat eine Vorreiterrolle im Bereich des kirchlichen Umweltmanagements. Dies ist ein deutliches Signal dafür, dass Veränderungen in Baden-Württemberg durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam angestoßen und umgesetzt werden.

Die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie entwickelten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für Baden-Württemberg setzen sich unter anderem auch für eine konsequente Überprüfung der einzelnen Förderprogramme und deren Zielerreichungsgrad ein. Dem Wesen der nachhaltigen Entwicklung entsprechend muss auf einen Ausgleich ökonomischer, sozialer und ökologischer Belange hingewirkt werden. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen gibt hierbei allerdings die absolute Grenze der nachhaltigen Entwicklung vor.

2. ob davon auszugehen ist, dass die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren für Baden-Württemberg der in der Studie dargestellten bundesdeutschen Entwicklung vergleichbar ist;

Die Studie greift auf 18 umweltbezogene Indikatoren zurück, die bereits 1996 entwickelt wurden und nach eigenen Angaben „unter Umweltwissenschaftlern nicht ganz unumstritten sind“ (Seite 129). An diese Indikatoren werden die Referenzjahre 1996 und 2005 angelegt.

Zwischenzeitlich haben die Bundesländer und der Bund jedoch eine weitaus differenziertere Umweltberichterstattung entwickelt, die im Kern aus 25 Umweltindikatoren besteht. Diese werden für Baden-Württemberg regelmäßig von der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg und dem Statistischen Landesamt fortgeschrieben. Die neuesten Zahlen sind der Veröffentlichung „Daten zur Umwelt – Umweltindikatoren 2008“ zu entnehmen. Überdies hat das Statistische Bundesamt 2008 begleitend zu den 21 Nachhaltigkeitszielen der Bundesstrategie einen Indikatorenbericht erstellt, der die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der

nachhaltigen Entwicklung in Deutschland abbildet. Die Umweltministerkonferenz hat auf Initiative Baden-Württembergs in ihrer Sitzung am 20. und 21. November bekräftigt, dass der gemeinsamen Entwicklung von abgestimmten Nachhaltigkeitsindikatoren die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen abbilden, eine hohe Priorität eingeräumt werden soll. Der in der Studie verwendete Indikatorenansatz stellt deshalb keine geeignete Bezugsgröße für eine nachhaltige Entwicklung im Land dar.

Die zuletzt 2008 für Baden-Württemberg dargestellten Umweltindikatoren spiegeln insgesamt eine positive Entwicklung, wie auszugsweise an folgenden Daten zu erkennen ist:

- Energie: Der Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg ist sowohl nach absoluten als auch nach Pro-Kopf-Zahlen in den letzten 10 Jahren nahezu konstant geblieben. Die Energieproduktivität wurde von 1990 bis 2005 um gut 5 % gesteigert. Der Anteil der erneuerbaren Energien konnte bis 2005 auf einen Anteil von 5,5 % und bis 2007 (vorläufige Zahlen) auf einen Anteil von 7,6 % am Primärenergieverbrauch gesteigert werden. Der Anteil an erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung beträgt im Jahr 2007 nach den vorläufigen Zahlen bereits 13,3 %.
- Material: Der Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe ging in Baden-Württemberg von 1994 bis 2006 um 8 % zurück. Die Rohstoffproduktivität in Baden-Württemberg wurde von 1994 bis 2004 um 34 % gesteigert, seitdem ist sie leicht rückläufig.
- Fläche: Beim Flächenverbrauch ging bei nach wie vor steigendem Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche die Neuinanspruchnahme für Flächen zwischen 2000 und 2005 erkennbar zurück, ist allerdings 2006 und 2007 wieder angestiegen, bedingt durch die in jenen Jahren gute Konjunktur. Im bundesweiten Vergleich liegt Baden-Württemberg aber trotz seiner positiven Bevölkerungsentwicklung bei der sparsamen Flächeninanspruchnahme überdurchschnittlich gut. Nach den umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder ist die für Siedlung und Verkehr beanspruchte Fläche je Einwohner mit 460 qm deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt mit 564 qm je Einwohner. Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche hat sich in Baden-Württemberg von 1996 bis 2005 verdoppelt und folgt damit dem Trend in anderen Bundesländern. Baden-Württemberg hatte 2005 einen Anteil von 6 % ökologisch bewirtschafteter Fläche an der Landwirtschaftsfläche, bundesweit waren es 4,7 %.
- Emissionen und Stoffabgaben: Seit Jahren bewegen sich die CO₂-Emissionen absolut und pro Kopf auf gleichbleibendem Niveau.

Von 1990 bis 2005 gingen die Luftschadstoffemissionen beim Schwefeldioxid um 63 %, beim Stickoxid um 39 %, bei Ammoniak um 22 %, bei den flüchtigen Kohlenwasserstoffen um 44 % und beim Feinstaub um 26 % zurück.

3. wie sich die für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zur Verfügung stehenden Mittel in Baden-Württemberg in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Mittelansätze für die kommenden Jahre vorgesehen sind;

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe. Die Steuerung und Koordination der Maßnahmen des Landes im Rahmen der UN-Dekade erfolgt durch die Interministerielle Arbeitsgruppe „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Neben dem Umweltministerium und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport stellt die Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Mittel für den Bereich „Bildung

für nachhaltige Entwicklung“ bereit. Der Landesstiftung Baden-Württemberg hat ein spezielles Förderprogramm „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen“ mit einem Fördervolumen in Höhe von 250.000 Euro aufgelegt, für welches das Umweltministerium die Projekträgerschaft übernommen hat.

Beim Umweltministerium besteht kein spezieller Haushaltsansatz für den Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Vielmehr werden dafür Mittel aus unterschiedlichen Programmen und Haushaltstiteln bereitgestellt. So zum Beispiel für die Aktivitäten der Umweltakademie. Außerdem werden Mittel aus der Glücksspirale in einer Größenordnung von jährlich 200.000 Euro für verschiedene Projekte und Veranstaltungen im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung eingesetzt. Beispielsweise wurden der Internetauftritt „Zukunft gestalten – Nachhaltigkeit lernen“, eine Untersuchung zur Bedeutung der „Bildung für nachhaltige Entwicklung an den weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg“ oder Handreichungen „Umwelterziehung und Nachhaltigkeit“ für die weiterführenden Schulen gemeinsam mit der Stiftung Naturschutzfonds finanziert. Ende 2007 wurde das Symposium „Zukunft gestalten“ mit rd. 600 Teilnehmern durch das Umweltministerium, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und die Stiftung Naturschutzfonds veranstaltet. Im Jahr 2008 wurden in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer in den Regierungspräsidien Stuttgart und Karlsruhe durchgeführt. Eine Fortsetzung im Jahr 2009 für die Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen ist geplant.

Die Stiftung Naturschutzfonds hat in den zurückliegenden Jahren – teilweise aus Mitteln der Glücksspirale – bis zu 300.000 Euro pro Jahr für Maßnahmen im Rahmen der Bildungsdekade bereitgestellt.

Durch das Kultusministerium wurden in den Jahren 2007 und 2008 Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ mit Mitteln aus dem Bereich der Schulreformaßnahmen finanziert (jährlich mit 5.000 Euro). Darüber hinaus konnten 2007 Mittel aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (25.000 Euro) genutzt werden. Für 2009 ist geplant, weiterhin auf Mittel aus dem Bereich der Schulreformaßnahmen zurückzugreifen.

Seit 2007 stellt das Kultusministerium für die Koordinierung der Aktivitäten im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie der Aktivitäten im Kontext der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes eine Personalstelle zur Verfügung. Im Rahmen des Projekts der Nachhaltigkeitsstrategie „Fortschreibung des Aktionsplanes Zukunft gestalten – Bildung für nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“ wurden zum Aufbau einer nichtstaatlichen Koordinierungsstelle sowie zur Unterstützung des Netzwerks „Nachhaltigkeit lernen“ 100.000 Euro vom Kultusministerium für den Zeitraum 2008 bis 2011 und zusätzliche 100.000 Euro aus Mitteln der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurden und werden vom Kultusministerium diverse Projekte unterstützt, die in einem engen Zusammenhang mit dem Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stehen wie zum Beispiel das internationale Netzwerk „UNESCO-Projektschulen“, das InWent-Projekt „Chat der Welten“, die Initiative „Jugend denkt Zukunft“ und „KURS 21“ das bis 2007 auf Initiative des Wirtschaftsministeriums vom Europäischen Sozialfonds mitfinanziert wurde.

4. welche Schlussfolgerungen sie für ihr Handeln aus der genannten Studie zieht und welche Korrekturen sich daraus für die Nachhaltigkeitsstrategie ergeben;

Seit Erscheinen der ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ im Jahre 1996 ist eine Vielzahl von Studien für eine nachhaltige Entwicklung veröffentlicht worden, die exakte Ergebnisse liefern und detaillierte Vorschläge machen. Besonders in wichtigen Teilbereichen, wie dem Klimaschutz und der Energiepolitik, wurden daneben landesweit Konzepte mit einem hohen, baden-württembergisch spezifischen Detaillierungsgrad erarbeitet, die bundesweit beispielgebend sind. Dagegen erreicht die Studie nicht den Konkretisierungsgrad, den beispielsweise die Klimaschutzpolitik in Baden-Württemberg inzwischen vorzuweisen hat.

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg beruht auf einem breiten diskursiven Prozess mit allen wichtigen Gruppen und Einrichtungen der Gesellschaft, die gemeinsam Ziele und Lösungsvorschläge erarbeitet haben. In einem intensiven Dialogprozess wurden konkrete Zielsetzungen für insgesamt 10 Bereiche erarbeitet. Parallel hierzu setzt der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung aus einem breiten, interdisziplinären Ansatz heraus wichtige Akzente für die nachhaltige Entwicklung des Landes, die in die Nachhaltigkeitsstrategie einfließen. Die Studie benennt dagegen, aus der Sichtweise eines einzelnen Instituts, lediglich vier sehr allgemeine Leitbilder: ein kosmopolitisches, ein ökologisches, ein sozialpolitisches und ein wirtschaftspolitisches.

Inhaltlich gibt es allerdings bei den Themen der Studie immer wieder Überschneidungen mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Nachhaltigkeitsstrategie geht aber sowohl in der thematischen Breite als auch in ihrer Konkretetheit weit über das Niveau der Studie hinaus. So stimmt beispielsweise das abschließende Kapitel der Studie „Engagement vor Ort“ mit dem entsprechenden Unterkapitel des Umweltplans Baden-Württemberg 2007 „Lokale Agenda 21“ weitgehend überein. Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit sollen als feste Bestandteile in die Kommunalpolitik eingehen, was am besten durch konkrete Projekte und einzelne Bausteine erreicht wird. Diese Überlegungen waren von Anfang an auch in der Nachhaltigkeitsstrategie maßgeblich und werden dort umgesetzt.

Im Übrigen findet in der Studie das Thema Bildung in den vier Leitbildern keine und in der übrigen Studie nur sehr wenig Beachtung. Die „UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird auf über 600 Seiten kein einziges Mal erwähnt. Dieser Schwerpunkt wurde von den Vereinten Nationen von 2005 bis 2014 für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung gewählt und bildet einen wesentlichen Schwerpunkt für Baden-Württemberg auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie.

In der gegenwärtigen fortgeschrittenen Nachhaltigkeitsdiskussion und besonders der in den letzten Jahren eingeleiteten Schritte kann die Studie deshalb kaum neue Impulse auslösen. Sie mag ergänzend zu den existierenden Ansätzen in die Nachhaltigkeitsdiskussion im Lande einfließen, kann aber nicht die Notwendigkeit einer grundlegenden Kurskorrektur der Nachhaltigkeitsstrategie begründen.

Gönner
Umweltministerin